

FRAGEN & ANTWORTEN

..... ZU

STEUERFLUCHT & -VERMEIDUNG

Was ist an den Panama Papers wirklich neu?

Die Enthüllungen zeigen nichts, was Attac über Steueroasen, Steuerflucht, Steuerhinterziehung und Geldwäsche nicht wusste und schon lange kritisiert (Steueroasenkampagne) Aber die ungeheure Menge an den aufgedeckten Briefkastenfirmen und die aufgedeckten Namen hat Öffentlichkeit und Regierungen in der ganzen Welt aufgeschreckt. Und die Enthüllungen zeigen Wirkung. Es gibt endlich die breite Diskussion, die wir uns immer gewünscht haben und die Initiative der G 5 (s. u.)

Warum dann die neue Kampagne?

Damit sich die Wogen nicht wieder rasch glätten und der Kampf gegen Steueroasen nicht wieder einschläft.

Liegt das Hauptproblem tatsächlich in Panama?

Nein! Einmal sind auch Deutschland, die USA und vielen andere OECD-Staaten Steueroasen. Deutschland steht im Verzeichnis der Steueroasen weit vor Panama. Viel wichtiger jedoch: Die Reichen, die ihr Geld illegal in Steueroasen unterbringen, sind eher nur die kleinen und mittleren Fische. Die wirklich großen aggressiven Steuervermeider sind die internationalen Konzerne und die Superreichen mit Milliardenvermögen, die es schaffen legal oder zumindest an der Grenze der Legalität ihre Steuerzahlungen auf ein Minimum zu reduzieren.

Was ist eine Steueroase?

Es handelt sich um Staaten (wie Panama), Teilstaaten (wie die US-Staaten Nevada und Delaware) oder um Territorien mit eigener Steuerhoheit (wie die britischen Jungfern-Inseln), die kaum Steuern erheben. Viele Firmen richten dort Tochterfirmen ein, oft als reine Briefkastenfirmen ohne Angestellte, denen die Gewinne überwiesen werden, die so kaum besteuert werden. Der Google-Algorithmus gehört zum Beispiel einer Firma auf den Bermudas. Ein extremes Beispiel sind die Cayman-Inseln, die überhaupt keine Steuern erheben. Die Regierung finanziert sich allein über die Zölle für die Waren, die für die Versorgung von tausenden von Anwälten und Reichen mit Luxusgütern erhoben werden.

Warum ein öffentliches Unternehmensregister?

Ein öffentliches Register aller Unternehmen mit Angabe ihrer Eigentümer, Berechtigten und Begünstigten ermöglicht es, festzustellen, welche natürlichen Personen von einer Firma profitieren und so von diesen Steuern zu erheben. Das Register muss öffentlich sein, damit freie Recherchen durch NGOs oder Journalisten möglich sind. Ein nicht öffentliches Register erfordert, dass NGOs oder Journalisten in jedem Einzelfall begründen müssen, warum sie einen

Registerausgang haben wollen. Die Erfahrung zeigt, dass nur die Öffentlichkeit des Registers so viel Druck erzeugt, dass genügend Kontrolle vorhanden ist und die fälligen Steuern wirklich erhoben werden. Sonst neigen die Steuerbehörden immer wieder zu Deals mit den Firmen und Superreichen.

Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien wollen mit einheitlichen Unternehmensregistern vorangehen, warum reicht das nicht?

Es ist wahr, die Panama Papers haben viele Regierungen aufgeschreckt. Finanzminister Schäuble und seine vier Kollegen aus den genannten Ländern haben bei der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds diesen Vorschlag eingebracht und fordern die Staaten der OECD auf, sich anzuschließen. Dem haben sich die dort versammelten Finanzminister gegen den Widerstand der USA angeschlossen. Damit folgen sie einer Forderung, die Attac und das Netzwerk Steuergerechtigkeit schon lange stellen. Doch es bleibt unklar, wer auf die Register Zugriff haben soll. Die Schweiz, die verlauten ließ, sie würde sich anschließen, betont gleichzeitig, dass Zugang nur die Steuerbehörden haben sollen. Auch Finanzminister Schäuble hat sich in der EU bei den Verhandlungen zur Geldwäscherichtlinie bisher strikt gegen die Öffentlichkeit der Register gewehrt.

Was haben die USA gegen die »Transparenz Offensive« der Europäer?

Die USA wollen in dieser Sache den Internationalen Währungsfond (IWF) mit der Koordinierung betrauen und nicht die OECD. Der IWF sitzt in New York in der Einflussphäre der USA, die OECD in Europa. Die USA haben einiges zu verlieren: zwar haben sie erfolgreich andere Staaten zur Transparenz gezwungen, die Bundesländer Delaware und Nevada profitieren aber von zigtausende Briefkastenfirmen. Die USA nehmen am internationalen Datenaustausch nicht teil. Sie verweisen auf ihr eigenes System FATCA.

Nutzen auch US-Konzerne Steueroasen?

Steueroasen werden auch von US-Konzernen in großem Stil genutzt. Nach einem aktuellen Bericht der US-Sektion der Hilfsorganisation Oxfam haben die 50 größten US-Unternehmen, darunter Apple, Wal-Mart und General Electric, in den Jahren 2008 bis 2014 insgesamt 1,4 Bill. Dollar (1,2 Bill. Euro) in Steuerparadiesen geparkt. Die Riesensummen seien durch ein »obskures und geheimes« Netzwerk in 160 Filialen geschleust worden, heißt es in dem Bericht. Im selben Zeitraum seien diese Unternehmen die größten Nutznießer von US-Steuergeldern gewesen. Elf Billionen Dollar seien in Form von Darlehen oder direkten Subventionen an sie geflossen.

Warum lässt die USA das zu?

Die US-Konzerne nutzen die Steueroasen nur für die Unterbringung von in Europa und anderen Staaten erwirtschafteten Gewinnen. Die US-Firmen und auch die ausländischen Konzerne, die in den USA tätig sind, müssen in den USA brav ihre Steuern zahlen, da die USA intern bereits seit Jahrzehnten die Gesamtkonzernsteuer (Unitary Taxation) eingeführt hat. Deshalb stört sie das Thema nicht. In Europa liegt die Richtlinie zur Gesamtkonzernsteuer (hier heißt das GKKB) seit 5 Jahren in der Schublade und wird immer noch von Deutschland und anderen blockiert.

Wie reagiert Panama auf die Veröffentlichung der Panama Papers?

Panama reagiert endlich auf den großen Druck und schließt sich dem automatischen Informationsaustausch an. Der Informationsaustausch zu Finanzdaten soll 2017 starten. Solange aber Europa keine Repressalien beschließt, wie die USA das tut, ist zu befürchten, dass Panama keine vollständigen Daten liefert, da es ja nichts riskiert.

Was ist die Unitary Taxation?

Wir schlagen vor, die Gewinne von Konzernen in allen Ländern, in denen sie aktiv sind, festzustellen, zu addieren und als Einheit zu bewerten. Dann soll jedes Land diese Gewinne des Konzerns anteilmäßig besteuern, wobei der Anteil jedes Landes sich nach dem in jeweiligen Land erzielten Umsatz, sowie der Beschäftigtenzahl und den Realinvestitionen richtet. Immaterielle Werte wie Patente, Labels usw. werden nicht berücksichtigt, da sie ja von den Beschäftigten geschaffen werden und deshalb schon berücksichtigt sind. So werden Steuern dort bezahlt, wo der Gewinn tatsächlich erarbeitet wird und nicht dort, wohin er verschoben wird.

Warum Datenabgleich von Konto- und Depotdaten bei deutschen Banken für ausländische Staatsbürger?

Bei deutschen Banken liegen geschätzt 3 Bill. Euro an Auslandsgeldern, die hier mangels Kontrolle kaum besteuert werden. Deutschland gibt den Herkunftsländern keine Auskunft über die hier liegenden Gelder. Deswegen ist Deutschland für Kleptokraten, die ihren Ländern einen großen Teil des Reichtums stehlen, für Waffen-Drogen und Menschenhändler und für viele Reiche, die ihren Reichtum verstecken wollen eine sichere Steueroase. Deutschland setzt die Geldwäscherichtlinie der EU also mangels Kontrolle nicht um. Aber auch dieser »Reichtum« muss besteuert werden, in den Herkunftsländern und in Deutschland nach Abzug der Steuern, die in den Herkunftsländern dann erhoben werden.

Was sind nicht kooperative Staaten?

Die Staaten, die nicht am Austausch von Informationen teilnehmen.

Warum eine Bundessteuerverwaltung?

Für die größten Unternehmen sollte die Besteuerung aus Gründen der Vereinheitlichung und effektiver Besteuerung Sache des Bundes werden. Es gibt zwar schon eine Bundessteuerbehörde, die Fälle an sich ziehen kann. Diese greift aber nur selten ein und hat keine originären Zuständigkeiten.

Warum die Spezifizierung des Strafrechts bei steuerrelevanten Delikten?

Bisher einigen sich Beschuldigte und die Steuerbehörden sehr oft auf eine Abfindung, weil die Prozesse oft jahrelang dauern und der Schuldnachweis schwierig ist. Das soll ein detailliertes Strafrecht verhindern, damit die fälligen Steuern komplett gezahlt werden.

Wichtig ist es zum Beispiel, dass die Verjährungsfrist erst mit der Erklärung des jeweiligen Einkommens beginnt, so dass die Verschleierung von Einkommen nicht zur Verjährung führen kann. Ebenso muss das Strafmaß angehoben werden. Die Bundesregierung sieht im Entwurf für das Geldwäschegesetz nur Strafen bis maximal 50.000 Euro vor. Die können locker durch einen Bonus des Arbeitgebers vergütet werden, wenn dieser Millionen verdient hat. Auch die Möglichkeit von Deals sollte eingeschränkt werden.

Warum fordert Attac ein Unternehmensstrafrecht?

Bislang können nur natürliche Personen durch das Strafrecht belangt werden. Fast alle anderen Staaten, auch die USA, haben dagegen ein Unternehmensstrafrecht. In den USA wurden bereits Unternehmen zu Milliarden-Strafen verurteilt. Härteste Strafe ist die Auflösung eines Unternehmens und die Einziehung des Vermögens.

Was sind Quellensteuern?

Häufig werden Gewinne in Form von Zinszahlungen, Lizenzgebühren, Patentgebühren, Versicherungsprämien usw. in Steueroasen transferiert, wo sie zwar als Gewinne auftauchen, aber kaum besteuert werden. Deswegen sollen Auslandsüberweisungen grundsätzlich an der Quelle, also vor der Überweisung besteuert werden. Das erfolgt dann automatisch durch die Bank, die die Überweisung tätigt. Wenn im Ausland dann doch noch Steuern fällig werden, werden die zu viel bezahlten Steuern in Deutschland zurück erstattet.

Was ist eine Patentbox?

Viele Staaten wollen erreichen, dass die »kreativen« Teile einer Firma, wo das Know-how erwirtschaftet wird, bei ihnen angesiedelt wird – und nicht nur die »Werkbänke«. Der Grund dafür liegt darin, dass die »Werkbänke« leichter verschoben werden können, während das KnowHow an Menschen gebunden ist, die nicht einfach umziehen. Deswegen geben viele Staaten an solche Firmen eine »Patentbox« oder auch »Innovationsbox« – das bedeutet: Diese Firma muss oft nur ein Fünftel der üblichen Steuern bezahlen. Viele Firmen halten sich solche Patentboxen, um dorthin große Teile ihrer Gewinne in Form von Patentgebühren oder Lizenzen zu transferieren und so der Besteuerung zu entziehen. Im Lux-Leak-Skandal kam heraus, dass in Luxemburg Briefkastenfirmen mit »Patentboxen« existierten, die also gar keine »kreativen Angestellten« beschäftigten. Das war illegal, wurde aber von der Regierung unter Jean-Claude Juncker (heute Kommissionspräsident der EU) über Jahre toleriert. Attac fordert die Abschaffung der Patentboxen.

Welche Bedeutung hat die Forderung nach Mindeststeuersätzen?

In der EU gibt es das Kuriosum, dass der freie Markt die freie Verschiebung von Kapital in der EU ermöglicht, aber die Einzelstaaten ihre eigene Steuergesetzgebung haben. Das hat zu einem Dumping-Wettbewerb geführt. So haben Irland und Zypern einen Unternehmenssteuersatz von nur 12,5%, Bulgarien von 10% und Estland erhebt überhaupt keine Unternehmenssteuern auf ausgeschüttete Gewinne. Deswegen fordert Attac die Einführung von Mindeststeuersätzen in der EU. Dazu gehört auch die Abschaffung der Patentboxen (s. o.).

Was ist ein degressives Vermögenswachstum?

Durch eine progressive Vermögensteuer wird erreicht, dass um so mehr an die Steuerbehörde abgeführt wird je höher das Vermögen ist. Je höher das Vermögen, desto langsamer wird dadurch sein Wachstum.

